

BILDUNGSPAKET GESCHEITERT: PARITÄTISCHER FORDERT RECHTSANSPRUCH AUF TEILHABE

02. April 2013

(Berlin) Als komplett gescheitert bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband das Bildungspaket für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Zwei Jahre nach Einführung würde nach wie vor nur ein geringer Teil der Betroffenen erreicht, wie eine aktuelle Umfrage des NDR zeige. Die Ergebnisse einer eigenen bundesweiten Praxisbefragung des Verbandes belegten zudem, dass sich vielerorts die Angebotsstruktur für junge Menschen sogar verschlechtert habe. Der Verband spricht sich für die Einführung eines einklagbaren Rechtsanspruchs für alle Kinder auf Angebote der Jugendarbeit anstelle des Bildungs- und Teilhabepaketes aus.

„Die Regelungen sind und bleiben ein bürokratischer Murks, der an der Lebensrealität Heranwachsender ebenso vorbeigeht wie an den Strukturen vor Ort. Das Bildungs- und Teilhabepaket kommt bei den Kindern nicht an und ist in seiner bisherigen Form nicht zu retten. Besonders die Musik- und Sportgutscheine entpuppen sich als reine Luftnummer und laufen vor Ort ins Leere“, kritisiert Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

Wie eine [bundesweite Befragung des Paritätischen von Praktikerinnen und Praktikern aus der Kinder- und Jugendhilfe](#) zeigt, hat das Paket aus Praxissicht keinerlei positive Auswirkungen auf die Weiterentwicklung der Bildungs- und Teilhabeangebote vor Ort. Vielmehr werden bestehende Verhältnisse der sozialen Angebotslandschaft und damit auch das Auseinanderklaffen zwischen armen und reichen Stadtteilen und Regionen noch zementiert. Bereits vorher bestehende Angebote seien ersetzt, dabei häufig aber sogar verschlechtert worden, da Verfahren bürokratischer und die Hürden für die Inanspruchnahme höher geworden sind.

Der Verband fordert die Einführung eines einklagbaren Rechtsanspruchs auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Für Kinder im Hartz IV-Bezug und in anderen Haushalten mit niedrigem Einkommen sei zudem die Kostenfreiheit der Maßnahmen zu garantieren. „Mit komplizierten Zuständigkeitsregelungen und verwaltungsaufwendigen Abrechnungsverfahren kann den Menschen ganz offensichtlich nicht geholfen werden. Es wird Zeit für einen intelligenten Neuanfang in der Organisation der Teilhabeleistungen“, so Hesse.

Die Ergebnisse der Praktikerbefragung sowie weitere Informationen finden Sie auf:
www.kinder-verdienen-mehr.de

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling

Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband

Tel.: 030 - 24636 305

E-Mail: pr@paritaet.org